

Ein Jahr nach Streckensperrung Rheintalbahn: EVG fordert Umsetzung verkehrspolitischer Maßnahmen

Rund ein Jahr nach dem Rastatt-Desaster sind nach Auffassung der EVG nicht genügend Maßnahmen ergriffen worden, um solche Vorfälle künftig zu verhindern. Vor rund einem Jahr war die Bahnmagistrale am Oberrhein wegen einer Baustellen-Havarie für rund zwei Monate unterbrochen.



Dramatisch waren vor allem die Auswirkungen im Güterverkehr. Nur wenige Ausweichstrecken standen zur Verfügung, und diese waren (und sind immer noch) eingleisig und nicht elektrifiziert.

Bisher sind noch keine Entscheidungen getroffen worden, um in den Ausbau leistungsfähiger Umfahrstrecken zu investieren. Statt eine Verkehrsverlagerung auf die Schiene mit deutlich höheren Investitionen zu fördern, plant Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer weiterhin mit noch mehr Geld für den Straßenausbau.

Die EVG fordert daher von Bund und Deutscher Bahn ein breit angelegtes Rückfallkonzept mit leistungsfähigen Alternativrouten, um bei Streckensperrungen das Abwandern von Gütern auf die Straße zu verhindern. Dazu müsste zum Beispiel ein Elektrifizierungsprogramm dafür sorgen, dass Oberleitungslücken im deutschen Netz schnell geschlossen werden. Hier ist das deutsche Netz im EU-Vergleich nur Mittelmaß.

Im Personenverkehr haben die Auswirkungen der Streckensperrung an der Tunnelbaustelle vor allem die Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Bahn zu spüren bekommen. Die Züge fahren nur noch bis zur bzw. von der Baustelle ab. Dazwischen gab es Schienenersatzverkehr. Die Reisenden hatten ihren Unmut häufig an den Bahnmitarbeitern ausgelassen.